

öffentlich

Vorlage zur Behandlung im Verwaltungs- und Finanzausschuss

Sitzung am 14.05.2018

TOP 2: Aktuelles zum Breitbandausbau Direkter Beitritt der Städte und Gemeinden zu Komm.Pakt.Net

A. Beschlussvorschlag:

1. Der Bericht über die Planungsergebnisse wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Landkreis wird auch bei einem direkten Beitritt der Städte und Gemeinden zu Komm.Pakt.Net die Mitgliedsbeiträge übernehmen.

B. Kosten/Finanzielle Auswirkungen: Mehrkosten **14.700 EUR**

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

öffentlich

**Aktuelles zum Breitbandausbau
Direkter Beitritt der Städte und Gemeinden zu Komm.Pakt.Net****Sachverhalt:**

Der Zollernalbkreis unterstützt die Städte und Gemeinden seit mehreren Jahren beim Aufbau einer kommunalen Infrastruktur für schnelles Internet. Es gibt mittlerweile einen breiten Konsens, dass nur mit dem Aufbau eines Glasfasernetzes zukunftsfähige Bandbreiten transportiert werden können. Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag das politische Ziel einer flächendeckenden Gigabit-Versorgung bis 2025 vereinbart. Dies wird in den Ballungszentren und größeren Städten durch privatwirtschaftlich tätige Infrastrukturanbieter und Stadtwerke erfolgen. Im ländlichen Raum wird es aufgrund der fehlenden Rendite (hoher Investitionsbedarf für relativ wenige Kunden) zu Versorgungslücken kommen. Diese Lücken lassen sich nur durch kommunale Ausbaumaßnahmen schließen.

Der Breitbandausbau in einer Gemeinde ist technisch auf mehrere Ebenen zu unterteilen. Zukunftsfähige Bandbreiten können nur über Glasfaserkabel erreicht werden. Zur Stärkung der Fachkompetenz und Bündelung der Nachfrage für eine erfolgversprechende Betreibersuche ist der Landkreis 2016 mit allen Städten und Gemeinden dem Verbund Komm.Pakt.Net beigetreten. Mit Unterstützung des Landkreises wollen alle Städte und Gemeinden ein flächendeckendes Glasfasernetz aufbauen. Grundlage für den Bau des Glasfasernetzes sind umfangreiche Planungen. Diese wurden 2016 vom Landkreis für alle Städte und Gemeinden ausgeschrieben und konnten im April 2017 nachdem das Ministerium eine „Unbedenklichkeitsbescheinigung“ erteilt hat, an die Planungsgemeinschaft RBS-wave, TKI und Voss Telecom (im Weiteren nur RBS-wave genannt) vergeben werden. Sie beinhalten die Backboneplanung (Backbone – Zuführung der Glasfaser in die Gemeinde) und die innerörtliche Planung (FTTB = Fibre to the building, Glasfaser bis an jedes Gebäude). Die Planungen wurden zwischenzeitlich für alle Städte und Gemeinden fertiggestellt. Für die Planungen wurden vom Land im Dezember 2017 Fördermittel in Höhe von ca. 266.000 EUR bewilligt (ca. 90 % Förderung).

Kreisweites Ziel ist, das gesamte Backbone in den nächsten drei Jahren zu erstellen. Für die Zuführung der Glasfaser in die Gemeinde ist das zwingend erforderlich.

öffentlich

1. Ergebnisse der Backbone- und FTTB-Planung

Backbone Trasse – Priorität 1 (ohne Redundanz):		
	Länge	Kosten
Neubau	123 km	12,0 Mio. €
Kommunale Trassen	69 km	0,9 Mio. €
Netzknotenpunkte u. PoP		3,7 Mio. €
<u>zuzgl. Planungskosten</u>		2,5 Mio. €
		19,1 Mio. €
Pacht (15 Jahre)	125 km	6,0 Mio. €
Gesamt	317 km	25,1Mio. €

Nach heutigem Stand hat das Backbone eine Länge von 317 km. Die Grobkostenschätzung hierfür beläuft sich auf 25,1 Mio Euro.

Nach den vorliegenden FTTB-Planungen für 21 von 25 Kommunen betragen die Kosten für den innerörtlichen FTTB-Ausbau ca. 360 Mio. Euro.

2. Förderung des Breitbandausbaus

Der Breitbandausbau wird in Baden-Württemberg seit dem Jahr 2008 gefördert. In den Jahren 2008 bis 2017 hat das Land im Zollernalbkreis 45 Projekte mit einer Zuschusssumme von ca. 3,8 Mio. Euro unterstützt.

In den letzten Monaten gab es viele Diskussionen über die geltende Aufgreifschwelle. Unterhalb dieses Versorgungsgrades dürfen Kommunen überhaupt erst aktiv werden und ein kommunales Glasfasernetz aufbauen. In den Leitfäden zur Verwaltungsvorschrift Breitbandförderung wurde im Rahmen einer redaktionellen Überarbeitung (Behebung eines Tippfehlers) die Aufgreifschwelle für die Förderung von Gewerbegebieten von 50 Mbit/s symmetrisch auf 30 Mbit/s reduziert.

Diese Anpassung der Aufgreifschwelle nach unten hat für viel Aufruhr gesorgt. Die Landräte haben sich in einem gemeinsamen Schreiben an den Innenminister gewandt mit der Forderung, die Aufgreifschwelle auf mindestens 100 Mbit/s zu erhöhen. In einem weiteren Schreiben hat Herr Landrat Pauli noch einmal darauf hingewiesen, dass die Erhöhung der Aufgreifschwelle auf europäischer Ebene unumgänglich und dringend erforderlich ist, damit kommunale Vorhaben weiter vorangetrieben werden können. Die Städte und Gemeinden im Zollernalbkreis haben die Wichtigkeit einer flächendeckenden schnellen Internetverbindung erkannt, der Breitbandausbau hat kommunalpolitisch hohe Priorität. Nur durch die Erhöhung der Aufgreifschwelle kann das Ziel der Bundesregierung mit einer flächendeckenden Versorgung von 1 Gbit/s erreicht werden. Die baden-württembergische Landesregierung hält eine Erhöhung der Aufgreifschwelle ebenfalls für erforderlich und hat auf Initiative des Innenministers Herrn Strobel eine entsprechende Empfehlung bei der Europäischen Kommission eingereicht.

öffentlich**3. Direkter Beitritt der Städte und Gemeinden zu Komm.Pakt.Net**

In der Gründungsphase von Komm.Pakt.Net gab es die Wahlmöglichkeit, der Kommunalanstalt direkt oder indirekt beizutreten. Die Städte und Gemeinden des Zollernalbkreises wie auch des Landkreises Freudenstadt haben sich damals für den indirekten Beitritt ausgesprochen, d. h. der Landkreis ist für die Städte und Gemeinden der Kommunalanstalt Komm.Pakt.Net. beigetreten und hat einen „Rabatt“ von 10 % auf die Mitgliedsbeiträge bekommen. Der Rabatt war dafür gedacht, dass der Landkreis vor Ort die Anfragen der Kommunen bündelt. Eine juristische Prüfung durch die Kanzlei iuscomm hat ergeben, dass bei einer Kommunalanstalt des öffentlichen Rechts eine indirekte Mitgliedschaft nicht möglich ist. Dies muss nun korrigiert werden. Die Verwaltung schlägt vor, dass der Landkreis auch bei einem direkten Beitritt der Städte und Gemeinden wie bisher die Mitgliedsbeiträge in voller Höhe übernimmt, um mit allen Städten und Gemeinden dabei zu sein und geschlossen an der nächsten Netzbetreiberausschreibung teilnehmen zu können.

Allerdings entfällt dann der Rabatt von 10 %, sodass sich die Beiträge von bisher 91.800 €/Jahr auf 106.500 €/Jahr erhöhen.

4. Netzbetreiberausschreibung 2018

Derzeit wird mit allen Städten und Gemeinden ein sogenannter Bauzeitenplan erarbeitet. Dabei legen sich die Städte und Gemeinden fest, wann welcher Teil gebaut wird. Der Bauzeitenplan muss durch Gemeinderatsbeschluss bestätigt werden, um an der Netzbetreiberausschreibung teilnehmen zu können. Ziel ist es, mit allen Städten und Gemeinden in die nächste Ausschreibung zu kommen, damit für den gesamten Landkreis ein leistungsfähiger Netzbetreiber gefunden wird. Bei künftigen Baumaßnahmen kann das Netz kurzfristig in Betrieb genommen werden.

Aus den Erfahrungen der bisherigen Netzbetreiberausschreibungen sind wir sehr zuversichtlich, dass auch bei der aktuellen Ausschreibung ein zuverlässiger Betreiber für die kommunalen Netze gefunden wird.